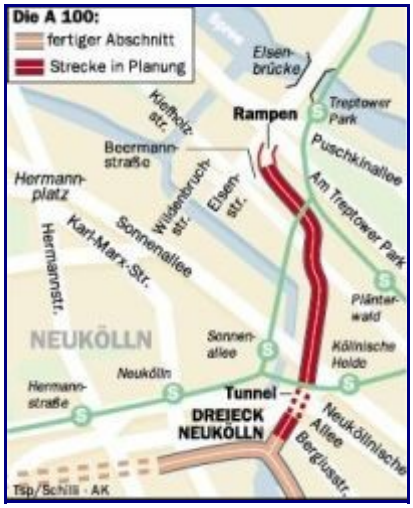
Gegenwind für A 100

Naturschützer und Bürgerinitiative machen gegen die geplante Verlängerung der Stadtautobahn mobil. Um zu verhindern, dass Häuser abgerissen werden und Hunderte Kleingärten verschwinden, sammeln die Bündnisse Unterschriften.

11.4.2008 0:00Uhr

Berlin - Der für das Jahr 2010 geplante Ausbau der A 100 vom Autobahndreieck Neukölln bis zum Treptower Park bekommt organisierte Gegenwehr. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (Bund) und die Bürgerinitiative Stadtring Süd (Biss) wollen gemeinsam den Weiterbau der Stadtautobahn stoppen. Das bis 2016 geplante Projekt kostet insgesamt 420 Millionen Euro, von denen etwa zehn Prozent das Land Berlin zahlt. Den Rest übernimmt das Bundesverkehrsministerium.



Geplanter Ausbau. Vom Dreieck Neukölln bis zum Treptower Park soll die A 100 ausgebaut werden. - Grafik: Tsb/Schilli

Für den Ausbau müssen unter anderem vier Häuser in der Beermannstraße abgerissen werden und 300 Kleingärten in Neukölln und Treptow-Köpenick weichen. Bund und Biss sammeln dagegen in den Bezirken Unterschriften. 1000 haben sie nach eigenen Angaben bereits zusammen. Sie fordern Anwohner überdies auf, sich mit Einwänden in das Planfeststellungsverfahren einzubringen, das etwa Mitte des Jahres für vier Wochen öffentlich stattfinden wird. „Wir sind optimistisch, das Projekt zu verhindern“, sagte Bund-Verkehrsreferent Martin Schlegel. Sollten die Aktionen keine Wirkung zeigen, kündigte er eine Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig an. „Unserer Auffassung nach ist der Ausbau nicht rechtens.“ Das begründet er unter anderem mit der zu erwartenden Überschreitung der Feinstaubwerte.

Autobahn soll Verbindung zum geplanten Großflughafen verbessern

Manuela Damianakis, Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, sagte, sie sehe diesen Ankündigungen gelassen entgegen. „Derzeit wird der Verkehr durch Gebiete mit Wohnbebauung geführt.“ Durch die A 100 sei dagegen nur wenig Wohnbebauung betroffen. Die Biss weist allerdings darauf hin, dass die Berliner Verkehrsprognose für 2015 mit der A 100 von 85 000 Fahrzeugen täglich im Bereich der Elsenstraße ausgehe. 2005 wurden 41 000 Fahrzeuge gezählt.

Durch die Verlängerung der A 100 soll die Berliner Innenstadt vom Verkehr entlastet und eine bessere Verbindung zum geplanten Großflughafen BBI geschaffen werden. Bund und Biss schlagen dagegen vor, die 420 Millionen Euro in den öffentlichen Nahverkehr und das bestehende Straßennetz zu investieren. „Das geht nicht, weil das Geld zweckgebunden ist“, sagt Damianakis.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 11.04.2008)